

Wahlprogramme der Berliner Landesparteien im Wahlkampf 2021

CDU	SPD	Die Grünen	FDP	Die Linke
30.06.2021	24.04.2021	20.03.2021	21.04.2021	24.04.2021
Unser Berlin. Mehr geht nur gemeinsam.	#Herzenssache Berlin	Grünes Licht für morgen	#Chancenmetropole Berlin	Rot. Radikal. Realistisch.
Wirtschaftsförderung				
Drei Säulen: Entlastung - Förderung - Investitionen. Prüfung der vorübergehenden Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes. Investitionspakt für KMUs, die hart durch Covid-19 getroffen waren. Innovationsagentur soll Startups fördern und Wagniskapital (geplant 2 Mrd. €) ausgeben.	Wir fördern und gestalten Berlin als Trendsetter für eine zukunftsfähige Entwicklung Deutschlands und Europas und entwickeln die Stadt zum führenden Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort.		Mit einer strategischen Wirtschaftspolitik und einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung machen wir die Metropolregion Berlin-Brandenburg zum schlagenden europäischen Wirtschaftsherz, eröffnen individuelle Lebensperspektiven, schaffen Arbeitsplätze und erzeugen gesellschaftlichen Zusammenhalt.	"Gefördert werden sollen deshalb nur solche Unternehmen, die nach einschlägigen Tarifverträgen bezahlen oder, wo solche Tarifverträge nicht existieren, zumindest nach Landesmindestlohn. Die derzeit noch zulässige Leiharbeitsquote von bis zu 30 Prozent soll abgesenkt werden. Wir wollen, dass die Nutzung von Werkverträgen zur Umgehung von Tarifverträgen und Tarifflucht durch Verbandsaustritt oder Ausgründungen zum Ausschluss aus der Wirtschaftsförderung führen."
Die Wirtschaftsförderungen in den Bezirken werden mit mindestens zwei zusätzlichen Stellen ausgestattet. [...] Lückenloser Glasfaserausbau bis 2028	Wir fördern den Gründungsstandort Berlin		Wir haben Vertrauen in Berlin und sind überzeugt: Diese Stadt kann zum prosperierenden Wirtschaftsherz Europas werden.	Wir setzen uns dafür ein, dass Wirtschaftsförderung nicht in Rüstungsprojekte fließt, sondern verstärkt in Zukunftstechnologien der Verkehrs- und Energiewende. Der Einsatz der Wirtschaftsfördermittel muss zu dem die bewährte Clusterstrategie, »Zukunftsorte« wie den Flughafen Tegel und den »Masterplan Industrie« unterstützen.
Stadtentwicklung				
[...] Angebot an Wohnungen erhöhen und Potentiale der stadtverträglichen Nachverdichtung und des Dachgeschossausbaus konsequent nutzen. Baulückenschließungen haben weiterhin großes Potential. [...] Zentrales Ziel unserer Wohnungspolitik ist der Bau von mindestens 300.000 neuen Wohnungen bis 2035. Die Wohnungsbauförderung wollen wir auf 1,25 Milliarden Euro in der kommenden Legislaturperiode erhöhen. [...] Das Bürokratiemonster der "Wohnraumversorgung Berlin" hat sich als nutzlos erwiesen. Wir werden diese unnötige Anstalt öffentlichen Rechts abschaffen und freiwerdende Mittel für den Bau bezahlbarer Wohnungen nutzen. [...] Angesichts der Flächenknappheit in der Stadt muss Berlin auch stärker in die Höhe wachsen. Hochhäuser sollen ihren Platz in Berlin finden und den Charakter der Stadt weiterentwickeln. [...] Durch Dachgeschossausbau und Aufbauten können bis zu 100.000 neue Wohnungen geschaffen werden. Dazu werden wir die Berliner Traufhöhe anheben	Bezahlbarkeit, Barrierefreiheit, Rollstuhlgerechtigkeit und Zugänglichkeit zu allen Bereichen des öffentlichen und privaten Wohnungsbaus	werden wir ein landesweites Entsiegelungsprogramm auflegen und eine jährliche Zielmarke festlegen. Wir streben eine Nettonull für die Flächenversiegelung im Jahr 2030 an. (...) Um dem weiterhin rasant steigenden Flächenfraß etwas entgegenzusetzen, wollen wir Dachaufbauten stärken. (...) Unser Ziel ist es, entsiegelte Freiflächen zu erhalten. Dafür setzen wir auf integrierte Konzepte zur Nachverdichtung der Gesamtstadt und ihrer Kieze und den Bau von flächensparenden Geschosswohnungen statt auf neue Einfamilienhaussiedlungen. Wenn die Stadt wächst, muss auch das Grün mitwachsen. Deshalb wollen wir Dächer und Fassaden begrünen, beim Bau neuer Stadtquartiere möglichst wenig Boden versiegeln und ausreichend Grünflächen ausweisen.	Neue Quartiere und Wohnungen mit günstigeren Mieten; bürokratiearme Verwaltung; Das Schaffen von neuem Wohnraum steht im Mittelpunkt unserer Stadtentwicklungspolitik.	Einen besonderen Wohnungsbau-schwerpunkt stellen die 16 neuen Stadtquartiere dar. Diese wollen wir als lebendige Quartiere, d.h. sozial gemischt, grün, mit guten Versorgungsangeboten sowie mit einer guten ÖPNV-Anbindung entwickeln. Um möglichst vielen Berliner:innen ein neues Zuhause zu geben, kann dies nur vorrangig als Mehrgeschosswohnungsbau erfolgen.
[...] Flach gebaute Supermärkte und deren Parkplätze müssen konsequent mit Wohnungen, Gewerberäumen oder sozialen Nutzungen (z.B. Schulen) überbaut werden. [...] Überdeckelung der Stadtautobahn Wir streben an, Teile der Stadtautobahn zu deckeln. So sollen neue Potentiale für Wohnraum, Grünanlagen, soziale Einrichtungen oder Ausgleichsflächen entstehen. [...] Wir lehnen die von einem Volksbegehren geforderte Massen-	(...) neben Wohnungen auch soziale Infrastrukturen und Einkaufsmöglichkeiten anbieten, um eine Grundversorgung vor Ort, ohne lange Wege zu ermöglichen.		Wir werden die Bezirke personell und finanziell dabei unterstützen, integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte für Stadtumbau, Sicherung und Erweiterung des Baubestandes, Infrastrukturbedarfe und -standorte, Klimaschutzmaßnahmen, Grün- und Straßenumbau zu entwickeln. Dies wird mit Bürger*innenbeteiligung, wirklicher Partizipation bei Planung und Umsetzung und diversitätssensiblen Mitwirkungsstrategien verbunden. Neue Quartiere müssen von Anfang an gemeinwohlorientiert, autofrei, klimaneutral und	

Enteignung von Wohnungsgesellschaften ab.			ressourcenschonend geplant werden. Alle für den Alltag wichtigen Einrichtungen wie Bäckereien und Arztpraxen sollen in höchstens 15 Minuten zu Fuß erreichbar sein.	
			Verkehrsinfrastruktur grundlegend modernisieren und Mobilität neu denken. Wir stehen hierbei für pragmatische, unideologische Lösungen, die die Daseinsberechtigung jedes Verkehrsmittels anerkennen und die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt rücken.	Wir streben eine jährliche Realisierung von rund 19.000 Wohnungen bis 2026 an, was wir durch gemeinsames Vorgehen von Land, Bezirken und breiter Öffentlichkeitsbeteiligung erreichen wollen. Mit der Standortentwicklung im Schumacher Quartier auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel helfen wir mit der Bauhütte 4.0 dem urbanen Holzbau zum Durchbruch – in Serie und vor Ort gebaut, kann er mittelfristig um 25 Prozent günstiger sein als herkömmliche Bauweisen und damit unsere neuen Stadtquartiere klimaneutral und bezahlbar machen.
		Wir wollen die Bauwende umsetzen, die Verkehrswende Realität werden lassen, Berlin zur „Schwammstadt“ umbauen und multifunktionale Orte schaffen. Um Impulse dafür zu setzen, wollen wir eine Internationale Bauausstellung (IBA) mit und in allen Berliner Bezirken initiieren. Wir tun dies zusammen mit Brandenburg und setzen Impulse für eine ökologische und soziale Stadtplanung und schaffen klimaresilienten Wohn- und Gewerberaum mit der notwendigen sozialen, kulturellen und grünen Infrastruktur.		Seit Beginn der Regierungsübernahme von Rot-Rot-Grün hat sich die Anzahl der Milieuschutzgebiete in Berlin verdoppelt. Unser Ziel ist es, diese Gebiete auszuweiten und so in der ganzen Stadt Menschen vor Aufwertung und Verdrängung zu schützen.

Klimaschutz

<p>Berlin wird Klimaschutz-Hauptstadt</p> <ul style="list-style-type: none"> > Offensive zur Förderung energetischer Modernisierungen > Vorbildfunktion des Landes bei energetischen Sanierungen > Bürokratische Hürden für Energieerzeugung senken > Kraft-Wärme-Kopplung [...Ergänzt werden soll die Energiegewinnung durch die Nutzung von Biomasse, Restholz aus Brandenburg oder Abwärme aus der Müllverbrennung] > Photovoltaik-Anlagen für Parkplätze und Straßen > CO2-Kataster für Berlin (einsehbar für BürgerInnen) > Wasserstoffstrategie - Berlin als Vorbild der Wasserstoffnutzung [...Berlin muss zum weltweiten Vorreiter einer urbanen Wasserstoffnutzung werden. Da die Klimaverträglichkeit von Wasserstoff von seiner Herstellungsquelle abhängt, setzen wir mittel- und langfristig auf grünen Wasserstoff aus erneuerbarer Energie. Hierfür werden wir in Zusammenarbeit mit den Berliner Energieunternehmen und dem Stadtwerk die notwendigen Kapazitäten in neuen Kraftwerks-Projekten aufbauen. Die Forschung in diesem Bereich werden wir massiv fördern und die Start-Up-Szene zur Ermittlung neuer Anwendungsgebiete in dieses Vorhaben integrieren"] > Enquete-Kommission Klimaschutz einrichten > Klimaschutzhaushalt im Land Berlin erhöhen 	<p>(...)eine auf Berlin zugeschnittene Solarkampagne initiieren, die gezielt für den Wohngebäudesektor praktikable Lösungen anbietet. (...) Gerade hierfür werden wir das sogenannte „Mieterstrommodell“ mit Unterstützung der Berliner Stadtwerke anwendungsfreundlicher gestalten und die immer noch bestehenden gesetzlichen Hemmnisse mit Bundesratsinitiativen beseitigen.</p>	<p>Klimaneutralität bis spätestens 2035</p>	<p>Begrünte Außenfassaden und als Gärten oder zur Energieerzeugung genutzte Dächer können dabei zugleich einen großen Beitrag zur Klimaanpassung leisten; Wir wollen ein Sofortprogramm „10.000 Dächer für Berlin“, das einen unkomplizierten Dachausbau und die Sonder-AfA für Mietwohnungsbau auch für Dachausbauten ermöglicht.</p>	<p>Bei der Wahl der Materialien für den kommunalen Neubau und die Sanierung von Wohnungen und städtischen Liegenschaften setzen wir auf ökologisch verträgliche Bau- und Dämmmaterialien, im Neubau insbesondere auf Holz. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft stärken und ausbauen und so den Energieverbrauch reduzieren.</p>
--	---	---	--	--

<p>[...] Bis zum Jahr 2030 wollen wir die CO2-Emissionen um 65 % reduzieren, unser Ziel ist die Klimaneutralität Berlins bis zum Jahr 2045.</p>				
<p>Offensive für Stadtgrün > Sofortprogramm für Stadtbäume (Ziel: 500t Stadtbäume) > Tempelhofer Wald (Bepflanzung mit Bäumen) > Gesunde Berliner Stadtwälder (Wiederaufforstung) > "Grün-Schlüssel" für Berlin > Wildwiesen > Schulgärten + Tag der Umwelt an Berliner Schulen > mehr öffentliche Infrastruktur und Spielgeräte > Stärkung der Umweltbildung</p>	<p>(...) ökologisch wirksame und sozial verträgliche Standards formulieren, die praxistauglich und verpflichtend sind und zu Berlin passen: ein erhöhter Effizienzhausstandard für Gebäude, mehr Solarenergie und mehr Gebäudebegrünung auf Dächern und Fassaden, Einsatz von klimaverträglichen Baumaterialien, wie Holz, ein dezentrales Regenwassermanagement, Gemeinschaftsgärten und klimafreundliche Mobilität.</p>	<p>Die Mieterstrom-Projekte sollen deutlich ausgebaut werden.</p>	<p>erneuerbare Energien einsetzen; Fernwärmenetze im Stadtgebiet ausweiten; Verschärfungen der energetischen Anforderungen an Gebäuden lehnen wir ab; Zwang zur Errichtung von Solaranlagen auf Neubauten lehnen wir ab</p>	<p>Nicht mehr benötigte Infrastrukturen der autogerechten Stadt und nicht mehr benötigte Gewerbeflächen wollen wir rückbauen und für eine sozial-ökologische Nutzung im Sinne einer klimaresilienten Stadt reaktivieren. Wir wollen Wohnraum erhalten und Abrisse verhindern. Kleingärten sind schützenswerter Bestandteil des Stadtgrüns und wichtige soziale Orte. Wir wollen sie durch Einführung eines Kleingärtenflächensicherungsgesetzes dauerhaft schützen. Wir wollen Entsiegelung fördern und die Neuversiegelung von Flächen auf ein Minimum beschränken.</p>
<p>Wasserwirtschaft und saubere Gewässer > Dach- und Fassadenbegrünung > Gründach-Pflicht für öffentliche Gebäude > Regenwasseragentur stärken > Regenwasserbewirtschaftung als Teil der Stadtplanung > Gewässersanierungsmaßnahmen außerhalb des S-Bahn-Ringes > Sulfatbelastung in Berliner Gewässern > 500 neue Trinkbrunnen > Trinkwasser in Gastronomie und Schulen > Sichere Wasserversorgung und Abwasserentsorgung > Berlinweites Grund- und Schichtwassermanagement</p>	<p>Für Bestands- und Neubauten werden wir die Begrünung der Dächer und Fassaden sowie auch Außenverschattungen gegen Hitzeperioden weiter vorantreiben. Das dafür in dieser Legislaturperiode eingeführte 1000-Grüne-Dächer Programm werden wir dafür deutlich besser umsetzen.</p>	<p>Berlin kann 25 Prozent der hier verbrauchten Energie aus Solarenergie decken – wir wollen das bis 2035 schaffen. Auf Neubauten und bei wesentlichen Dachumbauten machen wir eine Solaranlage zur Pflicht. Bis 2025 sollen berlineigene Gebäude wie Schulen oder Ämter standardmäßig mit Solaranlagen ausgestattet und nachgerüstet werden. Mit der Solardachbörse wollen wir erreichen, dass Hauseigentümer*innen ihr Dach zur Verfügung stellen, um es in ein Solarkraftwerk umzuwandeln.</p>		<p>Wir wollen bei Neubauvorhaben, dort wo es rechtlich durchsetzbar ist, eine Solaranlagenpflicht und eine extensive Dachbegrünung über Bebauungspläne und städtebauliche Verträge festsetzen. Als gutes Vorbild wollen wir auf allen bezirklichen und städtischen Liegenschaften, bei denen es technisch sinnvoll ist, Solaranlagen errichten und Fassaden und Dächer begrünen.</p>
<p>Müllvermeidung und Recycling > Aufklärungskampagnen zur Müllvermeidung > Müll als Rohstoff > Pilotprojekt für ein Einwegbecherpfandsystem > Vollzug der Gewerbeabfallverordnung > Hol-Prinzip statt Bring-Prinzip (haushaltsnahe Sammlung)</p>	<p>Um Kosten zu sparen, setzen wir möglichst auf serielle, standardisierte Sanierungen. Durch eine Energieberatungsoffensive sowie zusätzliche Landesförderprogramme wollen wir die Sanierungsrate im Gebäudebestand systematisch erhöhen.</p>	<p>Bei energetischen Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die Modernisierungumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues, faires System zu ersetzen. Die Kosten müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist, muss auch die Umlage enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair verteilen. Dabei dürfen nur noch energetisch sinnvolle und der Barrierefreiheit dienende Maßnahmen umgelegt werden, die insgesamt zu höchstmöglicher Effizienz führen müssen. Durch eine energetische Sanierung schützen Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer Immobilien und profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel ist es, dass die höhere Kaltmiete durch Energiekosteneinsparung aufgewogen wird, so dass die Warmmiete nicht steigt.</p>		<p>Wir wollen, dass keine weiteren Kohle- und Ölheizungen bei öffentlichen Gebäuden verbaut und bestehende Kohle- und Ölheizungen möglichst schnell ersetzt werden. Auch Gaseinzelheizungen sollen in öffentlichen Gebäuden nicht mehr eingebaut werden. Wir wollen für Berlin ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz, das verbindliche Vorgaben für die Nutzung erneuerbarer Energien im Gebäudebestand festlegt.</p>
	<p>Um der vermehrten Verdrängung durch energetische Sanierung, oftmals verbunden mit Luxussanierungen entgegenzutreten, wird Berlin sich beim Bund für eine weitere Absenkung der Modernisierungsumlage sowie eine Aufteilung des CO2-Preisanteils zu gleichen Teilen zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen bei den Heizkosten einsetzen.</p>	<p>Wir setzen uns deshalb für KfW-40-Standard beim Neubau und KfW-55-Standard im Bestand ein, damit Gebäude Energie möglichst effizient nutzen.</p>		<p>Für die energetische Sanierung sind zuschussbasierte Förderprogramme auszubauen, deren Mittel nicht auf die Miete umgelegt werden dürfen. Die zusätzlichen Förderprogramme sollen zielgerichtet auf die Sicherung von Sanierungen ausgerichtet werden, nach denen die Warmmiete nicht steigt.</p>

		Wir wollen Eigentümer*innen bei der Erstellung von Konzepten und Fahrplänen für eine mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser neben der Förderung auch eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die Bauinformationszentren des Landes Berlin anbieten.		Bei Inanspruchnahme von Landesförderprogrammen sollen Vermieter:innen zur Erstellung eines Sanierungsfahrplanes, zur Vorlage von Modernisierungsvarianten und Wirtschaftlichkeitsberechnungen sowie zu begleitender Mieter:innenberatung verpflichtet werden.
				Wo dies rechtlich möglich ist, sollen Vermieter:innen zur Inanspruchnahme der Förderprogramme verpflichtet werden (z.B. in Milieuschutzgebieten), um die Modernisierungsumlage abzusenken.
				Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Modernisierungsumlage abgeschafft wird und dafür der energetische Zustand im Mietspiegel stärker berücksichtigt wird.
Neubau				
Wir sehen es als unsere zentrale Aufgabe, dass alle Bevölkerungsgruppen in Berlin angemessenen, bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum finden – große Familien, Alleinerziehende und Alleinstehende, Senioren und Studierende, Geringverdiener und die arbeitende Mitte der Gesellschaft. Dafür müssen wir das Angebot an Wohnungen erhöhen und Potentiale der stadtverträglichen Nachverdichtung und des Dachgeschossausbaus konsequent nutzen. Baulückenschließungen haben weiterhin großes Potential. Zugleich wollen wir auch ganz neue Stadtquartiere entwickeln. Es muss neu gebaut werden, mit einer stabilen sozialen Durchmischung. Neue Quartiere müssen sich durch buntes und gemischtes Leben, klimaneutralen Städtebau und gute Infrastruktur auszeichnen.	(...) ausreichende Planungskapazitäten in der Verwaltung sicherstellen und ein Anreizsystem für zügige Planungsverfahren schaffen. Jedes größere Bauvorhaben wird vom Senat beobachtet werden, um eine schnelle Realisierung zu ermöglichen. Wir wollen effizientere Baugenehmigungsverfahren und mit allen verfügbaren Instrumenten eine schnelle Realisierung von Wohnungsbauvorhaben erreichen.	Bei der Planung von neuen Quartieren soll dem demografischen und kulturellen Wandel durch neue Wohnformen Rechnung getragen werden und der Wohnungsbedarf von Gruppen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, wie Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung, BPoC und migrantisierten Menschen, Studierenden, Geflüchteten, psychisch Kranken, Menschen ohne sichere Deutschkenntnisse, Älteren, queeren Menschen und großen Familien, bedacht werden. Dabei sollen deutlich größere Wohnkontingente von sozialen Trägern gehalten und für das „geschützte Marktsegment“ vorgesehen werden. Soziale Träger sollen für Bauvorhaben außerdem leichter Zugang zu Bürgschaften der Stadt erhalten.	Landesbauordnung entschlacken; Einführung einer Typenbaugenehmigung; Bauplanungsrecht von den Bezirken auf die Senatsverwaltung übertragen; Baulückenkataster einführen; Entwicklungsgebiete fertigstellen; Landeseigentum ohne Nutzung veräußern, um Wohnraum zu schaffen; neue Flächenpotenziale erkennen und vorrangig für Wohnungsbau und gewerbliche Nutzung zur Verfügung stellen; Verwaltungsprozesse beschleunigen	Bei der Aufstellung von neuen Bebauungsplänen setzen wir hohe soziale und ökologische Kriterien an sowie eine hohe fachliche Städtebauqualität voraus. Berlin unterstützt daher neu zu schaffende sektorale Bebauungspläne, mit denen anstelle der bisherigen Praxis in Gebieten ohne Bebauungsplan (§ 34 BauGB) Quoten für geförderten Wohnungsbau festgesetzt werden und damit die Bodenpreisentwicklung beeinflusst wird.
[...] Neubau-Offensive, wirksamen Mieterschutz und eine neue Eigentumsförderung. Zentrales Ziel unserer Wohnungspolitik ist der Bau von mindestens 300.000 neuen Wohnungen bis 2035. Die Wohnungsbauförderung wollen wir auf 1,25 Milliarden Euro in der kommenden Legislaturperiode erhöhen.	Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sind die wichtigsten Partner beim Bau bezahlbarer Wohnungen. Sie sollen bis 2030 über 70.000 Wohnungen zusätzlich errichten. Gemeinsam mit genossenschaftlichem und privatwirtschaftlichem Wohnungsbau wollen wir bis 2030 insgesamt 200.000 neue Wohnungen in Berlin bauen.	Damit dem Holzbau, der eine schnelle und ökologische Alternative zum konventionellen Bauen ist, zum Durchbruch verholfen werden kann, wollen wir ein Holzbau-Förderprogramm und eine Holzbau-Quote von mindestens 30 Prozent bei Neubauten für landeseigene Betriebe und Wohnungsunternehmen. Bei Schulen und Verwaltungsgebäuden soll die Holzbau-Quote bei mindestens 50 Prozent liegen. Das dafür eingesetzte Holz soll ausschließlich aus zertifiziert nachhaltigem Anbau stammen.	Der größte Teil der Wohnungen in Berlin wird von privaten Projektentwicklern/Investoren errichtet. Ausreichender zusätzlicher Wohnraum kann nicht von staatlicher Seite allein zur Verfügung gestellt werden. Nur wenn die Politik ... den Wohnungsbau aktiv unterstützt und ihn nicht als Bedrohung sieht, kann der notwendige Wohnraum in allen Stadtteilen, Lagen und Preissegmenten geschaffen werden. Wir wollen uns daran messen lassen, bis 2030 zusätzliche 200.000 Wohnungen ermöglicht zu haben.	Wir werden diejenigen Bebauungsplanbeschlüsse aus den 1990er und 2000er Jahren, die eine Sprache des Ausverkaufs sprechen, dahingehend prüfen, ob die früheren Planungsziele noch immer dem öffentlichen Interesse von heute entsprechen und ob diese durch Überplanung angepasst werden können, so wie am Checkpoint Charlie. Wir wollen Wagenplätze erhalten und, wenn möglich, sichern.
[...] Planen und Bauen deutlich beschleunigen durch die Entschlackung von Vorschriften, eine neue Genehmigungskultur der Behörden und ein „Planwerk Berlin“ als zukünftige Grundlage der Stadtentwicklungspolitik. Wir wollen die ambitionierten Klimaziele auch im Gebäudesektor erreichen und werden das nachhaltige Bauen so fördern, dass es nicht zum neuen großen Preistreiber des Wohnens in der Stadt wird. Der preistreibenden Spekulation mit Grundstücken werden wir Einhalt gebieten. Eine vorausschauende Bodenpolitik sichert den Zugriff des Landes auf Flächen und ermöglicht soziale Infrastruktur.	(...) „Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung“ weiterentwickeln und stärken. Soziale Belegungsbindungen sollen künftig auch im Fall von Befreiungen von planerischen Festsetzungen durchgesetzt werden. Im Regelfall wollen wir dabei eine Sozialbauquote von 30 Prozent durchsetzen. Darüber hinaus wollen wir Quoten für mittlere Einkommen festlegen, damit es nicht nur Luxuswohnungen einerseits und Sozialwohnungen andererseits gibt. Dafür entwickeln wir landeseinheitliche Vorgaben.	Bei fortwährend hohem Bevölkerungszuwachs streben wir den Bau von jährlich 20.000 überwiegend sozialverträglichen Wohnungen an.	Bis 2031 verbindliche Bauleitplanung für die gesamte Stadt; Ausführungsvorschriften anpassen; Baunutzungsplan...überplanen; Kleingartenflächensicherungsgesetz wird abgelehnt; Bestand nachverdichten; Teilprojekt Hochhausentwicklungskonzept; erneuter Volksentscheid für Randbebauung Tempelhofer Feld;	Die Berliner Mitte zwischen Alexanderplatz und Spree wollen wir als öffentlichen Raum möglichst frei von privater und kommerzieller Nutzung und gemeinsam mit den Bewohner:innen unserer Stadt weiterentwickeln. Der Alexanderplatz ist für viele Berliner:innen ein zentraler Ort. Damit der Platz an Aufenthaltsqualität gewinnt, wollen wir einen Nutzungsmix und eine ansprechende Gestaltung ermöglichen. Es sollten keine Hochhäuser errichtet werden, die in den Sichtachsen der auf den Alexanderplatz zulaufenden Magistralen den Fernsehturm verdecken. Am Fuß des Fernsehturms sollen öffentliche Nutzungen dominieren.

<p>Wir wollen, dass die Menschen möglichst lange unabhängig und eigenverantwortlich in ihrer häuslichen Umgebung leben können. Wir werden den Anteil barrierearmer und barrierefreier Wohnungen beim Neubau erhöhen und ein Aufzugsförderprogramm für Wohnhäuser auflegen. Unser Ziel sind 1.000 neue Aufzüge für Berliner Wohnhäuser bis zum Jahr 2026.</p>	<p>(...) Nachverdichtung und Aufstockung ab, die meist keine neue Erschließung und Infrastruktur erfordern und konsequent zu unterstützen sind. Gerade die Überbauung von Discountern mit Wohnraum ist hier ein wichtiger Schritt.</p>	<p>wollen wir über die bisherigen Quoten für den Anteil geförderter Wohnungen dort, wo es an preiswertem Wohnraum mangelt, deutlich hinausgehen.</p>	<p>Aufstockung von Einzelhandels- und anderen geeigneten Flächen mit Wohngeschossen sowie die Einhausung oder Überdeckung von Verkehrsflächen, insbesondere die Überdeckung der Stadtautobahn rund um das Dreieck Funkturm. Entwicklungsplan für die Nutzung von Ufer- und Wasserflächen erstellen, ohne bislang öffentlich zugängliche Uferflächen zu privatisieren.</p>	<p>Statt auf eine massive Hochhausbebauung setzen wir uns auch in der City West zwischen Zoo, Breitscheidplatz und Ku'damm, für eine behutsame Entwicklung aus dem Bestand heraus, mehr kleinteilige urbane Nutzungen wie Cafés und Bars und möglichst öffentliche Erdgeschossnutzungen ein.</p>
		<p>Wir wollen Eigentümer*innen bei der Erstellung von Konzepten und Fahrplänen für eine mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser neben der Förderung auch eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die Bauinformationszentren des Landes Berlin anbieten.</p>		
Kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften				
<p>Wir werden ein Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen mit allen Beteiligten der Wohnungswirtschaft schließen. Die Herausforderungen der aktuellen Wohnungskrise bewältigen wir nicht gegeneinander, sondern nur miteinander. Berlin braucht die Vielfalt der Wohnungswirtschaft: die städtischen Wohnungsgesellschaften, die Genossenschaften, die privaten Bauherren und Wohnungsunternehmen für den Mietwohnungsbau sowie die Eigeninitiative jener, die in ein Eigenheim oder in eine Eigentumswohnung investieren wollen.</p>	<p>Mindestens 400.000 Wohnungen sollen schon im Jahr 2026 in öffentlicher Hand sein. Unser Ziel sind 500.000 landeseigene Wohnungen in den 2030er-Jahren.</p>	<p>Mit unserem „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ wollen wir mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte Hand bringen.</p>		<p>So muss der Erbpachtzins für Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau deutlich gesenkt werden. Er soll sich am sozialen Nutzen des Geschosswohnungsbaus orientieren und tragbare Miethöhen garantieren.</p>
<p>Wir werden den Wohnungsbestand der landeseigenen Gesellschaften vor allem durch Neubau auf 400.000 landeseigene Wohnungen bis 2025 erhöhen und dem Land auf diese Weise zusätzliche wohnungspolitische Steuerung ermöglichen. Um eine finanzielle Überforderung und die drohende Überschuldung abzuwenden, muss die Kooperationsvereinbarung überprüft werden.</p>	<p>Die SPD wird die Genossenschaften unterstützen, jährlich über 1.000 Wohnungen zu bauen.</p>	<p>Wir sind der Überzeugung, dass landeseigene Wohnungsunternehmen als Anstalt öffentlichen Rechts organisiert sein sollen. Beim landeseigenen Berlinovo-Konzern fordern wir eine tiefgreifende Strukturreform, damit dessen Wohnungen wie die der landeseigenen Wohnungsunternehmen bewirtschaftet und vermietet werden.</p>	<p>Genossenschaften sollen bei der Grundstücksvergabe stärker berücksichtigt werden.</p>	<p>Nach dem Beispiel Wien wollen wir den Anteil an kommunalem, genossenschaftlichem und sonstigem gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand in den kommenden Jahren durch Ankauf, Vorkauf, Vergesellschaftung und Neubau erheblich ausweiten. Auch der »Stadtentwicklungsplan Wohnen« sieht vor, dass mindestens 50 Prozent der bis 2030 neu gebauten Wohnungen zu leistbaren Mietkonditionen durch landeseigene Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Träger geschaffen werden sollen.</p>
		<p>Wir setzen uns auch auf Bundesebene für die Einführung der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit (NWG) ein</p>		<p>Wir wollen sicherstellen, dass die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften stets als Erwerber, zu deren Gunsten das Vorkaufsrecht ausgeübt wird, zur Verfügung stehen. Beim Abschluss von Abwendungsvereinbarungen wollen wir mit starken Regelungen die betroffenen Mieter:innen noch besser vor Wohnungsverlust schützen, wenn ihr Haus verkauft wird, und auf Bundesebene auf notwendige Verbesserungen im Baugesetzbuch drängen.</p>
		<p>Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens [„Deutsche Wohnen & Co. enteignen“]</p>		<p>Eine Kooperationsvereinbarung zwischen Senat und Wohnungsunternehmen wollen wir weiterentwickeln und an die Erfordernisse anpassen. Im Neubau muss die Quote von Sozialwohnungen auf 75 Prozent erhöht werden. In einzelnen Projekten ist diese Quote in innenstädtischen Bereichen auf 100 Prozent anzuheben. Dabei sollen sich die landeseigenen Wohnungsunternehmen an Modellprojekten wie dem Dragonerareal orientieren. Wir wollen die Belegungsquote von</p>

				WBS-Berechtigten bei Wiedervermietung im Bestand auf 70 Prozent erhöhen.
				Zwangsräumungen durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen eingestellt werden. Die Wohnraumversorgung (Anstalt öffentlichen Rechts) soll bei ihren gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben der Mieter:innenmitbestimmung, der Kontrolle, Evaluierung und Weiterentwicklung der LWU gestärkt werden. Dafür wollen wir auch das Wohnraumversorgungsgesetz weiterentwickeln.
				Wir wollen die Regelungen des vom Bundesverfassungsgericht gekippten Mietendeckels auf die landeseigenen Wohnungsunternehmen übertragen und sie auf die Einhaltung sozialer Mietziele dauerhaft verpflichten.
				Beim Neubau von bezahlbaren Wohnungen und Sozialwohnungen kommt es vor allem auf die landeseigenen Wohnungsunternehmen an. Um ihre Kapazitäten für günstigen Wohnungsbau zu erhöhen, sollen sie künftig stärker miteinander kooperieren. Durch übergreifende Planung und einheitliches serielles und modulares Bauen kann zügiger und kostengünstiger Wohnraum geschaffen werden. Zudem schlagen wir vor, dass eine Bauhütte geschaffen wird, die Bauleistungen für gemeinwohlorientierte Wohnbauträger:innen erbringt.
				Wir wollen verschiedene Modelle der stärkeren Zusammenarbeit prüfen, wie Aufbau eigener Planungs- und Baukapazitäten bis hin zu Holding-Modellen. Der Einfluss von Politik und Verwaltung auf die landeseigenen Wohnungsunternehmen muss verstärkt werden, um dauerhaft einen sozialen Kurs der Unternehmen abzusichern. Bei allen Aufgaben im Zusammenhang mit dem sozialen Versorgungsauftrag, die das Land Berlin den Unternehmen überträgt, muss die wirtschaftliche Stabilität der LWU gewahrt bleiben.
				Wir wollen die Berliner Wohnungen der Berlinovo aus den Fonds herauslösen und in den kommunalen Wohnungsbestand eingliedern. Eine Perspektive als eigenständiges Unternehmen kann es für die Berlinovo nach Auflösung der Fonds und Ablösung der Garantien aus dem Bankenskandal nur geben, wenn es gelingt, eine sinnvolle und tragfähige Aufgabenbestimmung als öffentliches Unternehmen zu entwickeln.
				Um den gemeinwohlorientierten Wohnungssektor in Berlin auszubauen, wollen wir ein Ankaufsangebot für verkaufswillige private Einzeleigentümer:innen etablieren. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Häuser oder Wohnungen zu angemessenen Konditionen an landeseigene Wohnungsunternehmen zu verkaufen.

				Wir setzen uns dafür ein, dass die landeseigenen Wohnungsunternehmen innerhalb des Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) darauf hinwirken, dass dieser wieder eine Interessenvertretung der gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen wird. Falls dies nicht möglich ist, sollten sich die LWU gemeinsam mit allen gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen in einem Verband zusammenschließen. Künftig sollen die landeseigenen Wohnungsunternehmen gemeinsam mit anderen gemeinwohlorientierten Wohnbauträger:innen noch stärker für eine soziale Wohnraumversorgung in Berlin werben und sich von privaten und renditeorientierten Unternehmen, wie etwa Deutsche Wohnen, abgrenzen.
Grundstückspolitik				
Das Land sichert sich den Zugriff auf kommunalen Böden über Rückkaufsrechte und kann so parallel Einnahmen für Infrastrukturinvestitionen realisieren, die jetzt benötigt werden. Zudem wird das Land künftig aktiv Flächen entwickeln und über Erlöse aus dieser Entwicklung soziale Infrastruktur finanzieren	(...) Vergabe städtischer Grundstücke (an kommunale Wohnungsbau-gesellschaften)	Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen, wollen wir aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufrechtssatzungen, Baugebote und Entwicklungsmaßnahmen nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass auf privaten Flächen mindestens 50 Prozent der Wohnungen für Haushalte mit niedrigerem und mittlerem Einkommen gebaut werden und dauerhaft sozialgebunden sind. Wir wollen auch alle weiteren Möglichkeiten nutzen, um Baurecht an die dauerhafte Gemeinwohlbindung eines möglichst hohen Anteils des Neubaus zu knüpfen.		Mit einem Bodensicherungsgesetz wollen wir die Flächen und Gebäude, die sich im Eigentum der Stadt und ihrer Unternehmen befinden, gleichen Prinzipien unterwerfen: - Transparenz über ein öffentliches Kataster, - Beteiligung der Zivilgesellschaft an den politischen Entscheidungen u.a. durch einen Bodenbeirat, - ein grundsätzliches Veräußerungsverbot. Dieses Prinzip wollen wir als Privatisierungsbremse auch in der Berliner Verfassung verankern.
Wir werden die Spekulation mit Grundstücken eindämmen. Hierfür werden wir uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen, Baurecht befristet zu können. Wir werden die Durchsetzbarkeit von Baugeboten stärken und Vorschläge zur konsequenten Besteuerung von Spekulationsgewinnen bei Grundstücksverkäufen einbringen. Modelle zur Umgehung der Grunderwerbsteuer sowie zur Vermeidung der Offenlegung von Spekulationsgewinnen müssen bekämpft werden.	(...) unbürokratische Vergabe von preiswerten Erbbaurechten an landeseigenen Wohnbauflächen zu Gunsten von Genossenschaften.	Wollen die Wohnungsaufsicht schlagkräftig machen und endlich mit der Bauaufsicht verbinden. Abrisse von Wohnraum sollten konsequent untersagt, spekulativer Leerstand soll durch das Instrument der Treuhänder*in und durch Beschlagnahme abgestellt und wieder Wohnzwecken zugeführt werden. Darüber hinaus prüfen wir die Schaffung eines Landesamtes für Wohnungswesen, um die Verwaltung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu unterstützen.		Nach Jahrzehnten des Verkaufs haben wir in den letzten Jahren den Einstieg in den systematischen Ankauf von Grund und Boden erreicht. Mit der 2020 gegründeten Berliner Bodenfonds GmbH haben wir hierfür ein Instrument zur Finanzierung und Abwicklung geschaffen. Eine transparente Strategie und Steuerung für den Ankauf und für eine aktive Bodenbevorratungspolitik wollen wir noch entwickeln.
Wir werden die Möglichkeiten der neuen Grundsteuer C konsequent nutzen, um Wohnbebauung auf baureifen, aber unbebauten Grundstücken voranzutreiben. Für brachliegende Grundstücke, die durch B-Plan als Bauland festgesetzt wurden, deren Bebaubarkeit nach § 34 BauGB feststeht oder für die eine Baugenehmigung vorliegt, soll ein höherer Hebesatz berechnet werden. Damit werden Eigentümer von bebaubaren freien Grundstücken motiviert, zu investieren. Gleichzeitig wird spekulatives Verhalten finanziell bestraft.	Berlin hat sich den Bau 16 neuer großer Stadtquartiere mit insgesamt 50.000 Wohnungen vorgenommen. In den vier Quartieren Adlershof, Europacity, Wasserstadt Spandau sowie Schöneberger Linse wurde damit begonnen. 10.000 Wohnungen sind hier bislang realisiert worden. Die SPD wird zügig Baubeginne in den weiteren Quartieren ermöglichen, hier wird ein Großteil des Neubaus stattfinden. Daneben benötigt Berlin zusätzliche Städtebauprojekte, vor allem auf größeren landeseigenen Flächen, deren Vorbereitung wir frühzeitig anstoßen, damit für gute Planung und Bürgerbeteiligung genug Zeit ist.	Dazu werden wir ein transparentes Flächenmanagement mithilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen. Seinen Boden soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine Erbbaurechtsstrategie implementieren, die zügige Konzeptverfahren zu sozialverträglichen Konditionen ermöglicht. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben. (...) Außerdem wollen wir den zivilgesellschaftlich organisierten Runden Tisch Liegenschaftspolitik in seinen Kompetenzen weiter stärken.	Sofortprogramm "10.000 Dächer für Berlin"; Durchbruch beim Hochhausbau;	Bei der Bereitstellung landeseigener Flächen für öffentliche Funktionen oder öffentlich gewollte Zwecke soll ein oft spekulationsgetriebener Bodenwert keine Rolle mehr spielen. Marktübliche Mieten oder Erbpachtzinsen sollen nicht mehr maßgeblich sein, stattdessen der öffentliche Nutzen bzw. der mit der öffentlich gewollten Nutzung erzielbare Ertrag.

<p>Ist die Baureife einfach nachzuweisen und zwei Jahre nach Erteilung einer Baugenehmigung keine Baubeginnanzeige gestellt worden, werden wir das Instrument des Baugebots nach § 176 BauGB konsequent zur Anwendung bringen.</p>	<p>Die SPD steht dem Wohnungsbau auf ausgewählten Randflächen des Tempelhofer Feldes offen gegenüber. (...) sind für einen zweiten Volksentscheid offen. (...) für uns zwingend, dass die Flächen nur für Wohnungsbau durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften genutzt werden.</p>	<p>Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung begonnen hat, wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten Landesgesellschaft „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Zur Baulandmobilisierung in den im Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen) vorgesehenen Quartierschwerpunkten soll Berlin möglichst viele Grundstücke erwerben. Dafür sollen auch Vorkaufsrechte und das Instrument der Entwicklungsmaßnahme aktiv eingesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir die Gründung einer genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen und die bürger*innenschaftliche und gemeinnützige Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land Trusts stärken.</p>	<p>Wir sind für einen erneuten Volksentscheid für eine Randbebauung...„Berliner Mischung“ vorsehen, die Haushalte mit unterschiedlichen Einkommen und ein Miteinander von Wohnen und Gewerbe zulässt. Für ein großes Angebot an Wohnraum soll ein Dreiklang etabliert werden: ein Drittel Genossenschaftsbau, ein Drittel öffentlicher Wohnungsbau, ein Drittel privater Wohnungsbau.</p>	<p>Über den Berliner Bodenbeirat, der Politik und Verwaltung zu Vergabebedingungen für Erbbaurechte oder bei Ankäufen berät, soll die Zivilgesellschaft an der Bodenpolitik beteiligt werden. Mit einem öffentlich zugänglichen Liegenschaftskataster soll Transparenz hergestellt werden.</p>
<p>Größter Kostentreiber für Neubaumieten ist der Preis für Baugrundstücke, der sich in den vergangenen fünf Jahren vervierfacht hat. Hier werden wir ansetzen und eine gezielte Baulandpolitik betreiben. Zwingende Voraussetzung einer verlässlichen Bodenpolitik ist ein genaues Bild über freie Bau- und Ausgleichsflächen Berlins in einem Digitalen Baulandkataster, das auch Baulücken und Brachflächen erfasst. So können wir die Identifikation von Potenzialflächen für Wohnen, Gewerbe, Stadtgrün oder andere Nutzungen serviceorientiert erleichtern.</p>	<p>(...) Möglichkeiten zum Ankauf von Boden aus dem Bundesvermögen, von Privaten oder im Rahmen des städtebaulichen Vorkaufsrechts im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes ausschöpfen (...) Berliner Bodenfonds weiterentwickeln. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die dem Land zur Verfügung stehenden Instrumente des Baugesetzbuchs verbessert werden.</p>	<p>Ein zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts sind die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer Immobilie berechnet. Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen. Wir wollen, dass der nachhaltige Ertrag herangezogen wird, um den Wert einer Immobilie zu bestimmen, und nicht die höchstmögliche Verwertung.</p>	<p>...Ausübung des bezirklichen Vorkaufsrechts beenden.</p>	<p>Bei der Aufstellung von neuen Bebauungsplänen setzen wir hohe soziale und ökologische Kriterien an sowie eine hohe fachliche Städtebauqualität voraus. Berlin unterstützt daher neu zu schaffende sektorale Bebauungspläne, mit denen anstelle der bisherigen Praxis in Gebieten ohne Bebauungsplan (§ 34 BauGB) Quoten für geförderten Wohnungsbau festgesetzt werden und damit die Bodenpreisentwicklung beeinflusst wird.</p>
<p>Wir werden strategisch geeignete Flächen auf Vorrat für das Land ankaufen und dabei in intensive Verhandlung mit Kirchen, Stiftungen, dem Bund, der Bahn und Privaten treten. Landeseigene Liegenschaften werden wir konsequent vergünstigt für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen. Bebaubare Flächen im Eigentum des Landes Berlin, die nicht kurzfristig von öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften entwickelt werden können, müssen unverzüglich Genossenschaften, Baugruppen oder privaten Immobilienentwicklern zur sozialverträglichen Wohnbebauung zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>Grundstücke zum Bau von Wohnungen werden nur per Erbbaurecht und grundsätzlich unter der Auflage dauerhafter Bestandhaltung an Private vergeben</p>	<p>(...) vergeben öffentliche Grundstücke grundsätzlich nur noch als Erbbaurechte. Bei Vergabeverfahren setzen wir auf das beste Konzept, nicht den höchsten Preis. Public Private Partnerships stehen wir kritisch gegenüber, da durch sie häufig höhere Kosten für die öffentliche Hand entstehen und Gewinne meist an die Privaten gehen.</p>	<p>Auch der Erwerb von Belegungsrechten von Bestandhaltern auf Zeit ist ein sinnvoller Baustein zur Erhaltung der sozialen Durchmischung in Quartieren. Dabei erwirbt das Land Berlin das Recht auf Belegung von Wohnraum, welcher dann zu vergünstigten Konditionen vermietet wird.</p>	<p>Das Tempelhofer Feld ist als Ganzes frei zu halten. (...) Deswegen unterstützen wir die Forderung nach einem zukunftsweisenden Transformationszentrum auf dem ehemaligen Flughafengelände in Tempelhof. Das Flughafengebäude möchten wir gemeinsam mit den dort bereits aktiven Initiativen für Kreislaufwirtschaftssysteme, Ernährungswende und sozial-ökologischen Umbau so weiterentwickeln, dass Flugfeld und Haus zu einem zusammenhängenden Experimentierort für ein soziales und ökologisches Zukunftsquartier entwickelt werden können.</p>
<p>Wir setzen bei der Vergabe landeseigener Flächen auf Konzeptvergaben mit transparenten und für alle Bewerber verlässlichen Kriterien, um soziale, wohnungsbaupolitische und städtebauliche Ziele umzusetzen.</p>	<p>Durchsetzung von Baugeboten, der Abschöpfung von Bodenwertzuwächsen und durch das Bauplanungs- und das Steuerrecht (...). Immer wenn Berlin neues Bauland ausweist, stellen wir sicher, dass die Planungswertsteigerung der Allgemeinheit zugutekommen und alle Bauherren an Infrastruktur- und Folgekosten beteiligt werden.</p>			<p>Wir wollen den Zugang zu landeseigenen Grundstücken verbessern und Flächen an Genossenschaften per Erbpacht zu Bedingungen vergeben, die sich am Ertrag ausrichten, der sich mit preisgünstigen bzw. preisgebundenen Wohnungen erzielen lässt. Die Wohnraumförderung Berlins richtet sich explizit auch an das starke Genossenschaftssegment.</p>
<p>Wir werden die in Brandenburg liegenden Flächen im Eigentum des Landes Berlin auf ihre Eignung zur Bebauung oder ihre Nutzung als Ausgleichsfläche prüfen. Für Wohnbebauung wie für erforderliche Infrastruktur der wachsenden Metropole gilt,</p>				

dass das Denken nicht an der Landesgrenze aufhören darf				
Förderungen				
Wir werden es insbesondere Familien erleichtern, sich den Traum vom Wohnen in den eigenen vier Wänden auch in der Stadt zu erfüllen. Wir werden dafür gemeinsam mit der Investitionsbank Berlin landeseigene Zuschuss-, Darlehens- und Bürgschaftsprogramme auflegen. Unter anderem setzen wir uns dafür ein, dass das erfolgreiche Baukindergeld des Bundes in der kommenden Legislaturperiode fortgesetzt wird und wollen dieses durch ein landeseigenes „Baukindergeld plus“ aufstocken.	ab 2021 werden 5.000 Wohnungen jährlich gefördert.	Zur Förderung des gemeinwohlorientierten Neubaus wollen wir einen dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus Darlehen direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Förderung des sozialen Wohnungsbaus ermöglicht. Wir wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten, dass eine besonders hohe Förderung in dauerhaft sozialgebundene und möglichst CO2-neutral errichtete Wohnungen fließt. Gemeinschaftliche und sozial integrative Wohnformen wollen wir ebenso fördern.	Die Bildung von Eigentum, insbesondere Wohnungseigentum, wollen wir fördern.	Nach Jahrzehnten ohne Förderung hat die rot-rot-grüne Landesregierung 2017 die Genossenschaftsförderung wiederaufgelegt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Förderung verstetigt und erhöht wird.
Wir setzen uns dafür ein, dass die Eigentumsbildung in Berlin durch den Verzicht auf die Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb selbstgenutzten Wohneigentums unterstützt werden kann. Dies soll gelten für einen Kaufpreisanteil bis 300.000 Euro. Der Steuervorteil ist anteilig zurückzuzahlen, wenn das Wohneigentum weniger als 10 Jahre selbst genutzt wird.	Neubauprogramm für Studierende und Auszubildende beschleunigen	Die Genossenschaftsförderung – für Neubauten wie Bestandsankauf – wollen wir deutlich erhöhen. Wir sorgen für faire Förderkonditionen und öffnen die Förderung auch für Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat.		
Wir werden zur Förderung selbstgenutzten Wohneigentums insbesondere junger Familien das Modell des Berliner Mietkaufs einführen. Dabei finanziert das Land Berlin über seine Wohnungsbaugesellschaften die Eigentumswohnung und die Mietkaufhaushalte zahlen sie bis zum Renteneintritt mit stabilen Rückzahlungsraten analog des Mietzins ab.		Dazu ist es auch nötig, die Berliner Finanzierung von Sozialbindungen beim Wohnen deutlich aufzustocken.		
Mietenpolitik				
Wir werden das „Berliner Modell“ der kooperativen Baulandentwicklung weiterentwickeln zu einem „Berliner Quartiersmodell“. Entsprechend unserem Leitbild der sozial und funktional gemischten Stadt, sollen in neuen Quartieren künftig 15% Gewerbe und 15% Büros entstehen, sowie 25% Mietwohnungen mit einer maximalen Kaltmiete von 6,50 €/m ² . 15% der Fläche sollen als Wohnraum für max. 10 €/m ² zur Verfügung stehen und 30% als selbst genutztes Wohneigentum, insbesondere für Familienbaudarlehensberechtigte.	Die Einrichtung eines Mietenkatalogs soll uns künftig bei der Steuerung der Landeswohnraumpolitik unterstützen.	wollen wir Wohngemeinschaftsprojekte fördern, uns auf Bundesebene für ein Recht auf Wohnungstausch einsetzen und Menschen unterstützen, die ihre Wohnung tauschen wollen.	bezirkliches Vorkaufsrecht beenden; Zweckentfremdungsverbot abschaffen; Mieten-TÜV; Erweiterung Wohngeld; Wohnraumförderungsgesetz prüfen;	Unser Ziel ist ein bundesweiter Mietendeckel oder zumindest eine Öffnungsklausel, die es den Ländern erlaubt, Mietpreise zu deckeln und zu regulieren. In einer früheren Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur »Mietpreisbremse« wurde bereits festgestellt, dass eine weitere Begrenzung der Mietpreisspirale möglich ist.
Um übermäßig steigende Mieten zu bekämpfen, verbessern wir Schutzinstrumente für Mieter und unterbinden die zweckfremde Nutzung von Wohnraum. Wir stellen sicher, dass die Mietpreisbremse des BGB in Verbindung mit einem verlässlichen, qualifizierten Mietspiegel effektiv wirkt. Das gilt auch für Untermietverhältnisse. Hinzu kommt die Kappung der Modernisierungskosten, insbesondere bei Mieten unter sieben Euro.	Der Mietendeckel hält die Mietpreisspirale an und bringt Beruhigung auf den überhitzten Mietwohnungsmarkt.	Wir bauen ein Miet- und Wohnungskataster auf, um mehr Transparenz auf den Wohnungsmarkt zu erreichen.	Mietpreisbremse beenden und Mietendeckel abschaffen	Wir werden unsere politischen Anstrengungen zur Eindämmung des Mietanstiegs auch auf Landesebene weiter verstärken. Wichtige Instrumente sind dabei u. a. eine Deckelung der Mieten bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen, die massive Ausweitung der öffentlichen Wohnungsbestände durch Neubau, Ankauf und eine Vergesellschaftung der großen privaten Immobilienkonzerne, der Aufbau eines Wohnungskatasters, eine konsequente Ausweisung von Milieuschutzgebieten und die Eindämmung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, das Verfolgen von spekulativem Leerstand und Ferienwohnungen sowie der Aufbau eines Landesamtes für Wohnungswesen, in dem

				alle Aufgaben, die das Wohnungswesen in der Stadt betreffen, gebündelt und bearbeitet werden.
<p>Wir werden die Kriterien zur Festsetzung von Milieuschutzgebieten kritisch auf ihre Transparenz und Nachvollziehbarkeit hin überprüfen und einheitliche Anforderungen ähnlich dem Qualitätsanspruch des Mietspiegels definieren.</p> <p>Wir wollen gemeinsam mit den Partnern im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen eine berlinweite Ombudsstelle etablieren, die Streitfälle zwischen Mietern und Vermietern schlichtet. So wollen wir Vertrauen schaffen, pragmatische Lösungen ermöglichen und die Beteiligten ebenso wie die Berliner Gerichte von jahrelangen Auseinandersetzungen entlasten.</p>	Ausweisung weiterer Milieuschutzgebiete	Zudem wollen wir bei den Landeseigenen Wohnungsunternehmen den Mietendeckel gesetzlich verankern.	Milieuschutzgebiete abschaffen	Der Spekulation mit Wohnraum stellen wir uns konsequent entgegen. Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um über eine öffentliche Regulierung das Marktgeschehen einzuhegen.
		Wir fühlen uns dem Grundsatz verpflichtet, dass Mieter*innen grundsätzlich nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für ihre Miete ausgeben sollten. Dafür bedarf es aber endlich mutiger Reformen auf Bundesebene. Sollten diese nicht kommen, werden wir auch im Anschluss an den aktuellen Mietendeckel alle Maßnahmen ergreifen, um den Mietenanstieg in der Stadt auch zukünftig zu begrenzen. Wir werden alle Möglichkeiten der Landeskompetenz für das Wohnungswesen nutzen, um eine soziale Wohnraumversorgung zu gewährleisten.		Auf der Grundlage einer vom Bund übertragenen Landeskompetenz schlagen wir vor, ein Wohnungswirtschaftsgesetz einzuführen. Darin sollen eine dauerhafte Deckelung der Mieten, Vorgaben für die Instandhaltung der Wohnungsbestände durch die Verpflichtung zur Bildung von Rücklagen, der Ausschluss von Eigenbedarfskündigungen für die Zeit einer angespannten Wohnraumversorgungssituation und Richtlinien zur Mitbestimmung von Mieter:innen enthalten sein.
		Die AÖR „Wohnraumversorgung Berlin“, die aus dem Berliner Mietenvolksentscheid hervorgegangen ist, wollen wir in die Lage versetzen, die Vermietungspraxis stärker zu kontrollieren und eine Ombudsstelle als unabhängige Mieter*innen-Beschwerdestelle einzurichten. Auch die Mieterräte sowie Mieterbeiräte und selbstverwalteten Hausprojekte sollen in ihren Rechten gestärkt werden.		Außerdem wollen wir verbindliche Regelungen, so dass bei Bedarf auch private Vermieter:innen ihre Wohnungsbestände zur sozialen Belegung zur Verfügung stellen müssen, um diejenigen Berliner:innen mit Wohnraum zu versorgen, die es aktuell besonders schwer haben, eine Wohnung zu finden.
		Bei den ca. 90.000 Wohnungen des „alten“ sozialen Wohnungsbaus senken wir die künstlich überhöhten Kostenmieten, indem wir diese um fiktive Kosten „Entschuldungsgewinne“ sowie sonstige dubiose Extra-Renditen bereinigen. Hierfür unverzichtbar ist auch eine wirksame Kontrolle bei der Mietberechnung.		Wir wollen die Mieterhöhung durch Modernisierung bremsen. Mit einer Zuschussförderung für energetisch sinnvolle Maßnahmen sollen im privaten Wohnungsbestand Belegungsbindungen bei der Wiedervermietung geschaffen werden. So können nicht nur durch Neubau Bindungen neu geschaffen, vor allem in Altbauten im S-Bahn-Ring können Wohnungen preiswert gehalten und an soziale Ziele gebunden werden.
		Wir wollen, dass der Bund den Ländern durch die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen stadtweit und konsequent zu unterbinden und die Bildung von Wohneigentum im Geschosswohnungsbau auf Neubauintvestitionen zu begrenzen. Zudem werden wir weitere landespolitische Maßnahmen zum Schutz vor Eigenbedarfskündigungen prüfen.		(...) Deshalb wollen wir ein Mieten- und Wohnungskataster einführen, das die tatsächlichen Mieten und Eigentümer:innen aller Wohnungen in Berlin erfasst. Das Kataster dient perspektivisch auch als Grundlage für Instrumente wie den Mietspiegel.

		Wir wollen alles tun, um Zwangsräumungen zu verhindern und ihre Zahl in Berlin drastisch zu senken. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen gehen hier meist mit gutem Beispiel voran und sind verpflichtet, adäquaten Ersatzwohnraum anzubieten. Dieses Ziel verfolgen wir auch für den freien Wohnungsmarkt und setzen uns auf der Bundesebene für eine entsprechende Regelung ein.		Wir wollen das Zweckentfremdungsverbot weiter verschärfen, um Leerstand effizienter zu ahnden und Abrisse zu erschweren. Zudem wollen wir die Zahl der Ferienwohnungen weiter reduzieren und den Wohnraum wieder den Berliner:innen zur Verfügung stellen.
				Wir unterstützen dafür das Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co enteignen«. (...) Für uns ist dabei klar, dass die Entschädigung sehr, sehr deutlich unterhalb des Marktwertes liegen muss, so wie es Art. 15 GG ermöglicht. Wir orientieren uns und kämpfen für eine Entschädigungssumme, die sich nicht am Werterhalt der Eigentümer:innen misst, sondern am Interesse der Allgemeinheit. Eine Richtschnur kann hierfür das Faire-Mieten-Modell der Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« sein, das von einem Ertragswert bei sozialen Mieten ausgeht.
Steuern				
Wir werden die Spekulation mit Grundstücken eindämmen. Hierfür werden wir uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen, Baurecht befristen zu können. Wir werden die Durchsetzbarkeit von Baugeboten stärken und Vorschläge zur konsequenten Besteuerung von Spekulationsgewinnen bei Grundstücksverkäufen einbringen. Modelle zur Umgehung der Grunderwerbsteuer sowie zur Vermeidung der Offenlegung von Spekulationsgewinnen müssen bekämpft werden.	Die Berliner SPD tritt auf Bundesebene für die Abschaffung von Ausnahmen und Schlupflöchern bei sogenannten „Share Deals“ ein.	Das Steuerschlupfloch Share-Deals, mit dem Investor*innen beim Immobilienkauf die Grunderwerbsteuer umgehen, wollen wir auf Bundesebene schließen.	Grunderwerbsteuerfreibetrag auf Kaufpreis einer selbstgenutzten Wohnimmobilie von 750 TEUR schaffen; Neuberechnung Grunderwerbsteuer ab 2025 ohne zusätzl. Belastung; Wir werden den Gewerbesteuerhebesatz nicht erhöhen, sondern Spielräume für eine Absenkung nutzen.	ort, wo wir dem nicht durch Regulierung oder Ankauf begegnen können, wollen wir über eine stärkere Besteuerung zumindest einen Beitrag zur Finanzierung des Allgemeinwesens leisten. Deshalb wollen wir eine Erhöhung der Hebesätze auf Berliner Ebene und eine Reform der Grunderwerbsteuer auf Bundesebene, die mehr Differenzierung nach Nutzung und die Besteuerung von Share Deals erlaubt.
		Wir wollen mit einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob neue finanzielle Instrumente – wie beispielsweise die Weiterentwicklung der Grunderwerbsteuer in Richtung einer Bodenerwerbsteuer mit Bezugnahme auf Bodennutzung und Flächenversiegelung – die Erreichung unserer bodenpolitischen Ziele unterstützen können. Dabei setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin für ein Verbot der Abwälzung von Grunderwerbsteuern auf Mieter*innen ein.		Zusätzlich wollen wir die deutliche Erhöhung der Grunderwerbsteuer äquivalent zu Belgien oder Vancouver City prüfen.
Gewerbeimmobilien				
Wir werden die Spekulation mit Grundstücken eindämmen. Hierfür werden wir uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen, Baurecht befristen zu können. Wir werden die Durchsetzbarkeit von Baugeboten stärken und Vorschläge zur konsequenten Besteuerung von Spekulationsgewinnen bei Grundstücksverkäufen einbringen. Modelle zur Umgehung der Grunderwerbsteuer sowie zur Vermeidung der Offenlegung von Spekulationsgewinnen müssen bekämpft werden.	(...) landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaften in die Lage versetzen, Kleingewerbe stärker in ihrem Gebäudebestand zu fördern.	Eine der größten Hürden für Berlins kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) sind die rasant steigenden Gewerbemieten und die zunehmende Flächenkonkurrenz. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, haben wir den Ausverkauf von Berliner Flächen grundsätzlich beendet und Gewerbeimmobilien sukzessive angekauft und weiterentwickelt. Diesen Weg des Flächenankaufs wollen wir ausbauen und dafür eintreten, dass Gewerbeflächen nicht in Wohnflächen umgewandelt werden. Im Bundesrat setzen wir uns für eine Gewerbemietpreisbremse ein und werden prüfen, inwieweit auch bei Gewerbemieten von Landesebene aus diese Mieten gedeckelt werden können. Um die lokale Tischlerin oder den lokalen Schuster zu	Das Modell der Wohnungsmietergenossenschaften soll auf Gewerbetreibende übertragen.	Wir lehnen weiterhin die Pläne der Signa-Gruppe ab, die Karstadt-Gebäude am Hermannplatz und am Ku'damm abzureißen und an dieser Stelle monumentale Neubauten mit zu erwartenden massiven negativen Nebenwirkungen für das angrenzende Stadtgebiet zu errichten. Wir setzen uns stattdessen für den Erhalt der dortigen Karstadt-Standorte sowie städtebaulich verträgliche Lösungen und eine behutsame Weiterentwicklung der Objekte unter Beteiligung der Anwohner:innen und der benachbarten Gewerbetreibenden ein.

		unterstützen, werden landeseigene Gewerbehöfe entwickelt.		
Um die Preise gerade für Berliner Unternehmen stabil zu halten, benötigt die Stadt in erheblichem Umfang neue Gewerbeflächen. Wir streben bei größeren Bauvorhaben einen angemessenen Flächenanteil für kleine und mittlere Unternehmen an. Wir werden außerdem eine Clearingstelle für Gewerbeansiedlungen analog dem Clearingverfahren zum Bau von Wohnungen einrichten.	(...) auch private Immobilienträger nach Möglichkeit in die Verantwortung nehmen, bezahlbare Gewerbeflächen für die kieznahe Versorgung zur Verfügung zu stellen.	Auf Landesebene werden wir in der nächsten Wahlperiode versuchen, einen Gewerbemietendeckel zu entwickeln.	Gewerbemieten müssen erschwinglich bleiben. Planungs- und Genehmigungsturno für Bauprojekte einschalten. Verfügbare Gewerbeflächen in einem Gewerbeflächenkataster erfassen	Um das Berliner Kleingewerbe zu schützen, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, ein soziales Gewerbemietrecht einzuführen, das neben einer Mietpreisbegrenzung einen Mietspiegel sowie einen besonderen Kündigungsschutz für Gewerbe aufweist. Da Berlin schon jetzt ein Überangebot an Shopping-Malls aufweist, die zu einer Verdrängung von Kleingewerbe führen, schlagen wir vor, dass keine weiteren neu genehmigt werden.
Einen wesentlichen Beitrag zur Bau-Beschleunigung wird leisten, dass wir die vereinfachten Regeln des BauGB verstärkt nutzen, um urbane Quartiere auszuweisen und vor allem mehr Bauvorhaben nach § 34 BauGB zu genehmigen. In einem neuen Masterplan „Planwerk Berlin“ werden wir dafür die planerischen Grundlagen und das Vorgehen definieren. In diesem Zusammenhang werden wir über 30 Jahre nach der Vereinigung der Stadt auch für Baugenehmigungen endlich eine einheitliche Rechtsgrundlage schaffen. Den Baunutzungsplan von 1958 werden wir mit Fertigstellung des neuen Planwerks aufheben, da er deutlich überholt und verantwortlich ist für dauerhaft lange Genehmigungsprozesse, insbesondere im Westteil der Stadt.	Auf Bundesebene streiten wir für ein neues Gewerbemietrecht, um Kleingewerbetreibende und soziale Einrichtungen besser gegen Kündigung und Mieterhöhung zu schützen.	Um die Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu fördern, eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf Bundesebene darauf, einen rechtlich bindenden Gewerbemietpiegel und einen wirksamen Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemiet*innen einführen, um lokales und kleinteiliges Gewerbe zu erhalten. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig anbieten, um vor Ort den Gewerbetreibenden Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen sind.	Nachnutzung von Tegel mit allen Akteuren technologieoffen und nachhaltig, wirtschaftsfreundlich weiterentwickeln;	
	(...) vorhandene, noch nicht aktivierte Gewerbeflächen schnellstmöglich ertüchtigen. Das soll zum Beispiel über Erbpachtverträge geschehen, die kleine und mittlere Unternehmen (KMU) schnell und unbürokratisch mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) abschließen können.		Bis zum Jahr 2031 wollen wir eine aktualisierte, verbindliche Bauleitplanung für die gesamte Stadt...dabei wollen wir verstärkt von „urbanen Gebieten“ (§ 6a BauNVO) Gebrauch machen.	
	Wir wollen die planungsrechtliche Sicherung bestehender Gewerbegebiete unterstützen und die von uns entwickelte Nutzungskategorie „Urbanes Quartier“ häufiger im Sinne der Wirtschaft anwenden.			
Einzelhandel				
Wir werden eine gemeinsame Task Force „Förderung des Einzelhandels“ der Senatsverwaltung für Wirtschaft sowie für Stadtentwicklung einrichten, die innerhalb von sechs Monaten Maßnahmenpläne zur Revitalisierung der Berliner Hauptzentren erarbeitet. Das schließt (städte-) bauliche Maßnahmen ein, die von den Bezirken und größeren Eigentümern gemeinsam umzusetzen sein werden. Das Land steuert in den kommenden fünf Jahren mindestens 100 Mio. Euro für den Umbau und Marketingmaßnahmen der Zentren bei.	(...) Hybride Modelle von stationärem und online-gestützten Handel, unterstützt durch städtebauliche Maßnahmen (zum Beispiel Pickup-Stationen), durch Weiterbildung der Beschäftigten und der kleinen und mittleren Unternehmen selbst (Digitalisierungslotsen) und durch lokale Marktplätze (Online-Plattformen), auf denen der Einzelhandel seine Produkte anbieten kann	Wir lehnen daher den Bau neuer Shopping-Malls ab und setzen uns dafür ein, dass Einkaufszentren mit wirtschaftlichen Problemen umgenutzt werden. Der Online-Handel und die Corona-Lockdowns haben den Berliner Stadtteilzentren und Haupteinkaufsstraßen zusätzlich geschadet. Hier brauchen wir niedrigere Gewerbemieten und neue Nutzungskonzepte, die mit den Menschen vor Ort erarbeitet und vom Land unterstützt werden müssen.	Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, die Sonntagsöffnung komplett zu erlauben.	Wir schlagen ebenfalls vor, Pilot-Projekte zur Umwidmung von Shopping Malls für Kunst, Kultur und gemeinwohlorientierte Zwecke zu starten.
Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um den stationären Einzelhandel zu unterstützen und Chancengleichheit mit dem Onlinehandel herzustellen. Dafür werden wir alle gesetzlichen Möglichkeiten in Berlin nutzen. Insbesondere inhabergeführte kleine Spätkaufstellen und Minimärkte sollen von großzügigen Ladenöffnungszeiten profitieren.	(...) Zusammenschlüsse von Händler:innen zu „Einkaufsstraßen-AGs“ sowie Genossenschaften für die Förderung als Business Improvement Districts (BIDs) zugelassen	Wir wollen Läden und Kleingewerbe, Cafés, Kitas und Kinderläden, Initiativen für temporäre und dauerhafte Spielstraßen dabei unterstützen und fördern, Parkplätze für ihre Zwecke umnützen zu können. Die Anzahl der Stellplätze werden wir für diese Ziele in den nächsten zehn Jahren halbieren und ihre Flächen umwidmen. Um dies zu		

Wir werden hierfür mit dem Berliner Späti e.V. die gesetzliche Regelung erarbeiten.		erreichen, müssen bereits in der nächsten Periode mindestens 20 Prozent entsiegelt werden.		
Sonstiges				
		Am Ziel, dass Berlin bis 2030 asbestfrei wird, halten wir weiter fest.	Bürokratie für Gastgewerbe abschaffen	Wir setzen uns dafür ein, dass Hausbesetzungen insbesondere bei jahrelangem Leerstand entkriminalisiert werden. Räumungen wie beim Syndikat oder der Liebig 34 wollen wir ausschließen und dafür neue rechtliche Instrumente entwickeln. Wir wollen die sogenannte Berliner Linie abschaffen. Wir streben ein Leerstandsgesetz an. Mit diesem soll grundsätzlich die Besetzung von seit mindestens einem Jahr leer stehendem Wohnraum zu einem dauerhaften Wohnrecht führen, es sei denn, die Eigentümer:innen verpflichten sich verbindlich, in einem begrenzten Zeitraum den Wohnraum zu sozial verträglichen Mieten zur Verfügung zu stellen.